

Offener Brief an die STOAG Stadtwerke Oberhausen AG

## **Keine Bundeswehrwerbung auf öffentlichen Verkehrsmitteln**

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit sehen wir eine STOAG-Straßenbahn (Wagen Nr. 206) auf der Linie 112 mit martialisch aufgemachter Werbung für die Bundeswehr durch Oberhausen fahren. Wir fordern Sie auf, auf diese Werbung zu verzichten.

Die Stadt Oberhausen hat sich dem Friedensgedanken und der gewaltfreien Konfliktlösung verpflichtet. 1993 deklarierte der Rat unsere Stadt zur atomwaffenfreien Zone. Viele Jahre lang organisierte die örtliche Friedensbewegung Friedenskonferenzen mit unseren Partnerstädten, die auch von der öffentlichen Hand unterstützt wurden. 2014 trat unser damals neu gewählter Oberbürgermeister der internationalen Organisation „Bürgermeister für den Frieden“ bei. Seit Jahren lernen in unseren Schulen Kinder und Jugendliche in Streitschlichtungskursen, wie sich Konflikte friedlich statt mit Gewalt lösen lassen.

Vor allem ist auch die langjährige Kooperation mit dem Friedensdorf International zu nennen, in dem tagtäglich die jüngsten und schwächsten Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen versorgt werden. Sie stammen zum Teil gerade aus Ländern, in denen auch die Bundeswehr durch ihre Kampfeinsätze dazu beiträgt, mehr zivile und militärische Opfer hervorzubringen.

Die Werbemethoden der Bundeswehr sind stark umstritten. Wer darauf anspricht, kann sich schnell im nächsten Kriegseinsatz irgendwo in der Welt wiederfinden. Vor allen Dingen an Schulen wirbt die Bundeswehr – unter Bruch mit der auch von Deutschland ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention – um Minderjährige. Nach zwei Weltkriegen, die von unserem Land ausgingen, ist ein solch martialischer militärischer Auftritt schlicht geschmacklos. Die Werbung für das Töten und Sterben ist keineswegs geeignet, die Welt friedlicher und lebenswerter zu machen. Im Gegenteil, die Werbung verharmlost als vermeintliches „Abenteuer“, was in Wahrheit Kriegsvorbereitung darstellt.

Die STOAG als öffentliches Unternehmen sollte dazu beitragen, den Friedensgedanken zu fördern und daher auf Straßenbahnen und Busse im Tarnanzug verzichten.

Herr OB Daniel Schranz, die Ratsmitglieder und Ihr Aufsichtsrat erhalten Duplikate dieses Schreibens. Um Antwort wird gebeten.

*(Brief verschickt am 26.01.2021)*